

## IM GESPRÄCH

### 20 Jahre AIDS in Deutschland

1982 wurde am Universitätsklinikum Frankfurt / Main erstmals in Deutschland ein AIDS-Patient behandelt. **2**

## GESUNDHEITSPOLITIK

### Berliner Onkologen atmen auf

Die meisten Regresse wegen Off-Label-Verordnungen sind abgewendet. **10**

## MEDIZIN

### Die Suche nach Spendern bleibt

Selbst eigenes Nabelschnurblut ist kein Garant für Heilungschancen bei Krebs. **14**

### Psychisch kranke Straftäter im Test

In einem EU-Projekt wird geprüft, warum Gewalttäter rückfällig werden. **15**

## WIRTSCHAFT

### Hausarzt auf dem Land



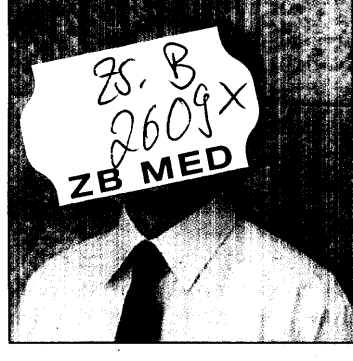
Mediziner wollen meist eine Praxis in großen Städten. Einen Diplom-Mediziner zog es nach Mecklenburg-Vorpommern. **2/18**

## KULTUR UND GESELLSCHAFT

### „Enttäuschung ex machina“

Von Elsie über Warbot bis Aibo: In Köln zeigt eine Ausstellung die Entwicklung der Roboter. **22**

*Ich lese die Ärzte Zeitung täglich ...*



Dr. Ingo Blank

Facharzt für Notfallmedizin



*... weil die Fakten kurz,  
knapp und prägnant geliefert  
werden und ich so über  
Forschungen und Veranstaltungen  
im Bilde bin.*



ÄRZTEZEITUNG Postfach 20 02 51  
Verlagsgesellschaft mbH 63077 Offenbach

Leser-Service: (061 02) 50 60  
Tel.: (061 02) 50 61 77  
Fax: (061 02) 50 61 77

Verlag: (061 02) 50 60  
Tel.: (061 02) 50 61 77  
Fax: (061 02) 50 61 77

Internet: info@aerztezeitung.de  
E-mail: info@aerztezeitung.de  
Web: www.aerztezeitung.de

# Sterben hierzulande viele Frauen nur auf dem Papier an Brustkrebs

Auch wenn Patienten als geheilt galten, wurden Tumore als Todesursachen auf Todesbescheinigungen mit Angaben im Tumorregister verglichen. Die Studie zeigt unter anderem auch, wie problematisch Angaben über Defizite der medizinischen Versorgung in Deutschland sein können, wenn sie sich auf Todesursachen-Statistiken beziehen.

MÜNCHEN (nsi/gwa). In Deutschland sterben vermutlich gar nicht so viele Frauen an Brustkrebs, wie die Todesstatistik ausweist. Das kann daran liegen, daß hierzulande häufig Brustkrebs als Todesursache bei Patientinnen angegeben wird, die an solchen Tumoren früher zwar erkrankt, danach aber geheilt waren.

Das ist das Ergebnis einer Studie der Biologin Dr. Gabriele Schubert-Fritschle vom Tumorregister in München und Rechtsmedizinern sowie Epidemiologen der Universität München, die Todes-

ursachen auf Todesbescheinigungen mit Angaben im Tumorregister verglichen. Die Studie zeigt unter anderem auch, wie problematisch Angaben über Defizite der medizinischen Versorgung in Deutschland sein können, wenn sie sich auf Todesursachen-Statistiken beziehen.

Zwischen 1998 und 1999 wurden im Tumorregister München etwa 43 000 Todesbescheinigungen aus der Region bearbeitet. Daten von 12 447 gestorbenen Patienten, bei denen irgendwann ein Tumor festgestellt worden war, wurden in das Tumorregister

übernommen. 12 447 Todesbescheinigungen hielten Hinweise auf Tumore fest.

Als die Forscher die Todesursachen von 12 447 Patienten mit den Tumordaten verglichen, fanden sie bei 30 Prozent eine Übereinstimmung. Bei den übrigen 70 Prozent waren die Todesursachen anders angegeben. In 30 Prozent der Fälle waren die Todesursachen als „unbekannt“ angegeben. In 30 Prozent der Fälle waren die Todesursachen als „sonstige“ angegeben. In 30 Prozent der Fälle waren die Todesursachen als „andere“ angegeben. Siehe auch Seite 10.

## Die Positivliste ist obsolet

BERLIN (HL). Die Positivliste löst Probleme, die eigentlich nicht mehr existent sind. In diesem Sinne äußerte sich gestern der Pharmakologe Professor Ulrich Schwabe, Leiter der Kommission, die die Vorschlagsliste erarbeitet hat, vor dem Bundestagsgesundheitsausschuß. In einem von der FDP beantragten Hearing wurde auch deutlich, daß die KBV, repräsentiert von Dr. Jürgen Bausch, mit ihrer Forderung nach der Positivliste nicht die Interessen der Ärzte und vor allem der Hausärzte vertritt. Nach deren Auffassung entstehen Therapielücken; und wenn Ärzte Nicht-Listen-Präparate verordnen wollten, müßte sie mit hohem Aufwand Begründungen dokumentieren, fürchtet BDA-Chef Kossow. **Siehe auch Seite 7**

## Gute Impfpaten im Kindergarten-Eintritt bietet Chance

FLENSBURG (eis). Wollen Kinder in Schleswig-Holstein in einen Kindergarten, brauchen sie eine ärztliche Bescheinigung. Günstiger Nebeneffekt: Impflücken lassen sich erfassen und schließen.

In der „Ärztlichen Bescheinigung für die Aufnahme in Kindertageseinrichtungen“ werden chronische Krankheiten eines Kindes wie Diabetes oder Anfallsleiden sowie der Impfschutz erfaßt. Ein anonymisierter Durchschlag des Papiers geht zur zentralen Auswertung an den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst des Landes.

Die Auswertung von etwa 15 000 Bescheinigungen ergab einen positiven Einfluß des Verfahrens auf die Impfpaten, berichtet Dr. Hans-Martin Bader vom Gesundheits-

amt Flensburg. 25). So werden 25 Prozent der Kinder im Kindergarten mit Tetanus geimpft gegen Pertussis, Influenzae und Masern. 25 Prozent der Kinder hätten keine Impfung gegen Mumps, Röteln und Windpocken.

Werden Kinder in einen Kindergarten aufgenommen, müssen die Eltern eine ärztliche Bescheinigung vorlegen, die den Impfstatus des Kindes feststellt.

Impflücken lassen sich erfassen und schließen, behauptet Bader. Die Impfung für Impfpflichtige wird veröffentlicht.

Den Bericht finden Sie unter [www.rki.de/DE/Content/Presse/Pressemitteilungen/EPI/HTM/Heft](http://www.rki.de/DE/Content/Presse/Pressemitteilungen/EPI/HTM/Heft100101.htm)

# Leidenschaftliche Stammzellen

Bundestag wird seinem Anspruch als parlamentarischer Ethikrat

BERLIN (hak). Kontrovers und leidenschaftlich ist gestern die Bundestagsdebatte zum umstrittenen Import humaner embryonaler Stammzellen (ES-Zellen) verlaufen.

Ohne Fraktionszwang bei Abstimmung und Argumentation nutzten die Parlamentarier die Möglichkeit, bioethische Grundsatzfragen ohne Blick auf Parteigrenzen zu debattieren.

Lediglich die Mehrheit von FDP- und PDS-Abgeordneten hat-

einheitliche Linie festgelegt. Die Liberalen plädierten für Import und Produktion der ES-Zellen, die PDS befürwortete ein Importverbot.

Drei Anträge standen gestern zur Abstimmung: striktes Importverbot, Importverbot mit Ausnahmeregelung und Import-Erlaubnis mit der Aufforderung, auch die Stammzellproduktion in Deutschland zu erlauben.

Der inhaltlichen Kompetenz entsprechend hatten zunächst die Antragsinitiatoren das Wort. Mar-

de der Enquete-Kommission, daß keine klare Linie in der Debatte zu sehen war, sagte von Röttgen (CDU) sprachen für den Import aus. In der Debatte trug die CDU den Antrag, den Import aus dem Ausland zu erlauben, ohne Notwendigkeit eines Importverbots.

Bis Redaktion der Bundestagsdebatte